

KOALITION SICHERT WÄHRUNGSSTABILITÄT

Griechenland-Nothilfe nur als Kredit

Griechenlands Zahlungskrise hat dazu geführt, dass der Regierung in Athen keine weiteren Kredite zu vertretbaren Konditionen gewährt wurden. Da diese Notlage die Stabilität der Europäischen Währungsunion akut bedroht, handeln die Mitgliedstaaten des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Euro-Zone entschlossen: Im Gegenzug zu weiteren Reformzusagen Griechenlands gewähren der IWF und die Euro-Partnerstaaten Athen begrenzte Kredite.

Keine „Transferunion“ – Deutschland gibt nur Kredite

Am Freitag hat die christlich-liberale Koalition die Grundlage für eine deutsche Beteiligung an den international abgestimmten Maßnahmen zur Stabilisierung des Euro gelegt. Die in Übereinstimmung zwischen dem IWF und der Euro-Gruppe vereinbarte Nothilfe für Griechenland besteht lediglich aus Kreditzusagen. Gemäß der europäischen Verträge werden Deutschland und die anderen Partnerstaaten jedoch unter keinen Umständen für griechische Schulden einstehen. In einer Resolution bekannten sich die Regierungsfractionen in aller Klarheit dazu, dass die Euro-Gruppe „nicht von einer Währungsunion zu einer Transferunion“ werden dürfe.

Harte Reformen in Griechenland: Weniger Lohn, spätere Rente

Die unionsgeführte Bundesregierung erreichte durch ihr entschlossenes Handeln zwei wichtige Ziele: Erstens ermöglicht die Beteiligung des IWF die Einbindung des dort vorhandenen Sachverständs und die Anwendung strikter Kontrollen. Zweitens hat sich Athen zu einem weiteren harten Sparprogramm verpflichtet: Die Gehälter im öffentlichen Dienst werden um acht Prozent reduziert, das Renteneintrittsalter erhöht, Frühpensionierungen vor dem 60. Geburtstag verboten und die Mehrwertsteuer auf 23 Prozent angehoben.

Nothilfe im deutschen Interesse: Euro stabil, Einlagen sicher

Pro Jahr exportieren deutsche Unternehmen Waren und Dienstleistungen im Wert von über acht Milliarden Euro nach Griechenland. Über die direkten Auswirkungen auf die deutsche Exportwirtschaft hinaus brächte eine Zahlungsunfähigkeit Athens unabsehbare Folgen für die Finanzwirtschaft mit sich; die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft und der Erhalt von Arbeitsplätzen wären gefährdet. Außerdem sichert das Engagement von IWF und Euro-Gruppe die Einlagen von Millionen deutscher Sparer. Vor allem konservative Anleger investieren in Staatspapiere – in der Vergangenheit auch in griechische Anleihen. Die Nothilfe für Griechenland sichert daher auch die Grundlage von Versicherungen sowie Renten- und Pensionsfonds in Deutschland.

ARBEITSMARKT

Schutzschirme zeigen Wirkung

Die Politik der christlich-liberalen Koalition wirkt: Trotz der schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit drei Generationen sinkt die Arbeitslosigkeit in Deutschland: Im April lag die Zahl der Erwerbslosen deutlich unter dem Vorjahreswert. Auch im europäischen Vergleich steht Deutschland hervorragend da.

Die überaus positive Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist nicht mehr allein auf die Frühjahrsbelebung zurückzuführen. Der Rückgang der Erwerbslosenzahl um 162.000 im April steht vielmehr für einen erfreulichen Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt. Denn insgesamt waren in Deutschland nur noch 3,41 Millionen Menschen ohne Arbeit. Das sind 178.000 weniger als im Vorjahr. Die Erwerbslosenquote lag bei 8,1 Prozent. Bevor die rot-grüne Regierung die Amtsgeschäfte an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel übergab, lag die Zahl der Arbeitslosen im April 2005 noch bei 5,05 Millionen (12,2 Prozent).

Im April weniger Arbeitslose als vor der Krise

Trotz der 2008 aufgetretenen Wirtschafts- und Finanzkrise vermochten es die seither amtierenden Regierungen unter Führung von CDU und CSU, die Erwerbslosigkeit kontinuierlich zurückzuführen. Dabei lagen die Arbeitslosenzahlen in den Jahren 2006, 2007 und 2008 kontinuierlich unter denen des jeweiligen Vorjahrs. Erst ab dem März 2009 waren die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf dem Arbeitsmarkt so gravierend, dass die Arbeitslosenzahlen über dem Stand des jeweiligen Vormonats lagen. Dank erfolgreicher Gegenmaßnahmen der christlich-liberalen Regierungskoalition konnte dieser Trend nun gestoppt werden: Seit dem März 2010 liegen die Arbeitslosenzahlen wieder unter dem Vorjahreswert, im April 2010 waren sogar weniger Menschen ohne Arbeit als zwei Jahre zuvor. Das bedeutet, dass es im vergangenen Monat weniger Erwerbslose gab als im April vor Ausbruch der Wirtschaftskrise.

Christlich-liberale Koalition sichert Beschäftigung

Trotz des positiven Trends auf dem Arbeitsmarkt muss die weitere Entwicklung jedoch genau verfolgt und weiterhin aktiv begleitet werden. Die aktuelle Arbeitsmarktsituation wäre ohne zahlreiche unterstützende Maßnahmen der Bundesregierung nicht möglich gewesen. So wurden hunderttausende Arbeitsplätze durch die Ermöglichung von Kurzarbeit gesichert; erst Ende April verlängerte die christlich-liberale Bundesregierung dieses wichtige Angebot bis 2012. Der Aufbau eines ‚Schutzschirms für Arbeitnehmer‘ zur Senkung der Lohnnebenkosten hat ebenso zur positiven Entwicklung beigetragen wie das verantwortungsvolle Handeln der Tarifparteien.